



Niederschrift

über die 8. Sitzung des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-West in der Wahlperiode 2008 - 2014

am Dienstag, 18. September 2012

im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes Bamberg

Der Verbandsvorsitzende, Landrat Dr. Günther Denzler, eröffnet die Sitzung.

Es sind anwesend:

1. Landrat Dr. Günther Denzler als Verbandsvorsitzender

Gruppe der kreisfreien Städte:

2. Stadtrat Peter Gack, Bamberg
3. Stadtrat Thomas Fischer, Bamberg
4. Bürgermeister Hans-Heinrich Ulmann, Coburg

Gruppe der Landkreise:

5. Kreisrat Andreas Schlund, Hirschaid (Landkreis Bamberg), ab 11.05 Uhr
6. Kreisrat Erwin Braun, Hallstadt (Landkreis Bamberg)
7. Kreisrat Frank Rebhan, Neustadt b. Coburg (Landkreis Coburg)
8. Kreisrat Franz-Josef Kraus, Ebermannstadt (Landkreis Forchheim)
9. Kreisrat Albert Rubel, Stockheim (Landkreis Kronach)
10. Kreisrat und Stellv. Landrat Helmut Fischer, Michelau i. OFr. (Landkreis Lichtenfels)

Gruppe der kreisangehörigen Gemeinden:

11. Bürgermeister Siegfried Stengel, Stegaurach (Landkreis Bamberg)
12. Bürgermeister Georg Bogensperger, Burgebrach (Landkreis Bamberg), ab 11.05 Uhr
13. Bürgermeister Markus Zirkel, Hallstadt (Landkreis Bamberg)
14. Bürgermeister Rainer Marr, Sonnefeld (Landkreis Coburg)
15. Bürgermeister Claus Schwarzmann, Eggolsheim (Landkreis Forchheim)
16. Bürgermeister Rudolf Braun, Weißenhohe (Landkreis Forchheim)
17. Bürgermeister Thomas Kneipp, Hochstadt a. Main (Landkreis Lichtenfels)

Der Verbandsvorsitzende stellt fest, dass sämtliche Mitglieder des Planungsausschusses mit Schreiben vom 2. August 2012 gemäß § 11 Abs. 2 der Verbandssatzung ordnungsgemäß geladen wurden und außer dem Vorsitzenden mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind. Der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-West ist somit beschlussfähig.

Die Einladung wurde auch zugeleitet:

- der Obersten Landesplanungsbehörde (StMWIVT),
- der Höheren Landesplanungsbehörde (Regierung von Oberfranken) und
- der Regionsbeauftragten bei der Regierung von Oberfranken.

Die vorliegenden Arbeitsunterlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten wurden den Mitgliedern des Planungsausschusses mit Schreiben vom 7. September 2012 übermittelt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Verbandsvorsitzende dem Ausschuss mit, dass ein weiterer Punkt als TOP 4 der Tagesordnung "Beteiligung des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-West an einer Studie zum Thema Regionalwirtschaftliche Effekte von erneuerbaren Energien" aufgenommen werden soll. Es besteht seitens aller anwesenden Mitglieder des Planungsausschusses mit der Aufnahme des Tagesordnungspunktes Einverständnis. Die Tagesordnung wird somit um den Tagesordnungspunkt 4 erweitert.

Weiter sind bei der Sitzung anwesend:

Regierungsdirektorin Odewald, Regionsbeauftragte bei der Regierung von Oberfranken
Frau Meyer, Praktikantin im Sachgebiet 24 bei der Regierung von Oberfranken
Verw.-Angestellter Wirth, Landratsamt Bamberg, Geschäftsstelle des Planungsverbandes
Oberverwaltungsrat Motschenbacher, Geschäftsführer des Regionalen Planungsverbandes
Oberfranken-West, Landratsamt Bamberg, als Protokollführer

Beginn der Sitzung: 10.40 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1 **Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP);
Entwurf der Gesamtfortschreibung vom 22. Mai 2012**
Stellungnahme und Beschlussfassung

Die Regionsbeauftragte Frau Odewald führt aus, dass der Ministerrat am 2. Dezember 2009 eine umfassende Reform der Landes- und Regionalplanung beschlossen hat. Prüfmaßstab dieser Reform sind "Entbürokratisierung, Deregulierung und - so weit möglich - Kommunalisierung".

Das Leitziel "Schaffung und Erhaltung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilräumen" und der Leitmaßstab "nachhaltige Raumentwicklung" haben im Entwurf des LEP weiterhin eine hohe Priorität.

Wesentliche inhaltliche Änderungen im LEP-Entwurf seien die Reduzierung bei der Einstufung der zentralen Orte auf nunmehr drei Stufen, die Reduzierung der Gebietskategorien von bisher acht auf vier. Dabei sind insbesondere die „Teilräume mit besonderem Handlungsbedarf“ zu beachten. Hier gilt das Vorrangprinzip u.a. auch bei der Verteilung der Finanzmittel. Die Abgrenzung dieser Räume auf Landkreisgrenzen sei nicht sachgerecht und führe zu Ungleichbehandlungen.

Außerdem ist der Wegfall der Entwicklungsachsen von überregionaler Bedeutung vorgesehen.

Das Anbindungsziel zur Vermeidung von Zersiedelung findet nun keine Anwendung mehr auf Freiflächen-Photovoltaikanlagen.

Zu begrüßen sei die Pflichtaufgabe zur Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraft im Regionalplan. Dies hat aber der Regionale Planungsverband Oberfranken West bereits in der Vergangenheit so praktiziert.

Positiv für den ländlichen Raum sei die Erweiterung der Ansiedlungsmöglichkeiten für Lebensmittelnahversorger, die nun bis 1.200 m² Verkaufsfläche in allen Gemeinden zulässig sein soll.

Trotz dieser Verschlinkung soll den Regionalen Planungsverbänden auch weiterhin die Möglichkeit eröffnet bleiben, in den Grundsätzen und Zielen der Regionalpläne konkrete und regionsspezifische Festsetzungen treffen zu können.

Der Verbandsvorsitzende, Landrat Dr. Denzler (Landkreis Bamberg), ergänzt in Bezug auf die „Teilräume mit besonderem Handlungsbedarf“, dass Strukturschwäche nicht an Landkreisgrenzen festzumachen ist, sondern einzeln und gemeindeweise zu betrachten ist. Außerdem seien im wichtigen Bereich des demographischen Wandels die Grundsätze zu konkretisieren und als Ziele zu formulieren. Er verweist auch auf die fehlenden Kriterien für die zentralen Orte, die insgesamt keine Änderungen erfahren haben. Er teilt mit, dass die bisherigen Unterzentren im Landkreis Bamberg die Aufstufung zu Mittelzentren beantragen werden. Der Landkreis Bamberg hat bisher kein einziges Mittelzentrum.

Frau Odewald geht im Folgenden auf die bislang eingegangenen Stellungnahmen der Verbandsmitglieder ein. Aufgrund der sitzungsfreien Zeit während der Sommerferien, liegen dem Verband erst wenige Äußerungen der Gemeinden, Städte und Landkreise vor.

Herr Bürgermeister Schwarzmann (Eggolsheim) äußert seinen Unmut über den Entwurf. Er enthalte viele wolkige Formulierungen und sei so nicht zu akzeptieren. Dies sei auch gegenüber dem Wirtschaftsministerium deutlich zu machen. Es besteht Übereinstimmung, dies im Anschreiben zum Ausdruck zu bringen.

Herr Bürgermeister Marr (Sonnefeld) fragt wegen der Zuordnung von Sonnefeld zum „allgemeinen ländlichen Raum“ nach, da Nachbargemeinden dem „ländlichen Raum mit Verdichtungsansätzen“ zugeordnet sind. Eine schlüssige Antwort hierauf konnte nicht gegeben werden.

Herr Kreisrat Rebhan (Landkreis Coburg) fragt nach, ob es wirklich keinen Kriterienkatalog für das Zentrale-Orte-System gibt. Die Regionsbeauftragte erläutert, dass es einen solchen nicht mehr gibt, sondern nur eine Beispielaufzählung, aber keine Mindeststandards. Lediglich für den Einzugsbereich der Grundzentren seien 7.500 Einwohner im sog. tragfähigen Nahbereich festgelegt.

Herr Kreisrat Rebhan stellt fest, dass damit eine gerechte Einstufung sehr schwierig wird. Nachvollziehbare Kriterien seien aber notwendig, um eine bayernweit gleiche Handhabung zu gewährleisten. Auch sollten die regions- bzw. länderübergreifenden Beziehungen, wie zu Sonneberg (Thüringen) stärker berücksichtigt werden.

Herr Stadtrat Gack (Stadt Bamberg) schließt sich der allgemeinen Kritik an. Es sei eine Farce mit welchem Zeitdruck das Anhörungsverfahren in der Ferienzeit gelaufen ist. Bezüglich des Systems der zentralen Orte sollten Teile der Stellungnahme der Stadt Bamberg in den Beschluss aufgenommen werden. Dies wird übereinstimmend befürwortet. Für eine von ihm vorgeschlagene Streichung des letzten Absatzes im Beschlussvorschlag, wegen der evtl. unterschiedlichen Stellungnahmen der Verbandsmitglieder, findet sich keine allgemeine Zustimmung, so dass die Absätze des Beschlussvorschlages einzeln abgestimmt werden.

Beschluss:

Das System der Zentralen Orte muss grundlegend überarbeitet werden. Insbesondere müssen die Anforderungen an die Zentralen Orte eindeutig definiert werden. Eine Abflachung der zentralörtlichen Hierarchien im neuen LEP ohne eine Neuausrichtung ist nicht zielführend.

Abstimmungsergebnis: 17 : 0 bei 17 anwesenden Mitgliedern.

Der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-West fordert, die Abgrenzung der Räume mit besonderem Handlungsbedarf auch über Landkreis- und Regionsgrenzen hinaus an die tatsächlichen strukturellen Gegebenheiten anzupassen.

Abstimmungsergebnis: 17 : 0 bei 17 anwesenden Mitgliedern.

Trotz der Verschlinkung und Deregulierung der Aussagen im LEP-Entwurf soll den Regionalen Planungsverbänden auch weiterhin die Möglichkeit eröffnet bleiben, in den Zielen und Grundsätzen der Regionalpläne konkrete und regionspezifische Festsetzungen treffen zu können.

Abstimmungsergebnis: 17 : 0 bei 17 anwesenden Mitgliedern.

Die weiteren in der Stellungnahme vorgebrachten Hinweise und Anregungen sollen berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis: 17 : 0 bei 17 anwesenden Mitgliedern.

Die Hinweise und Stellungnahmen der Verbandsmitglieder werden mit der Bitte um Berücksichtigung im Verfahren an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr, Infrastruktur und Technologie weitergeleitet.

Abstimmungsergebnis: 15 : 2 bei 17 anwesenden Mitgliedern.

Punkt 2

17. Änderung des Regionalplans Industrieregion Mittelfranken (7); Kapitel B V 3 Energieversorgung Stellungnahme und Beschlussfassung

Die Regionsbeauftragte erläutert die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Windkraftanlagen in der Industrieregion Mittelfranken.

An die Region Oberfranken-West grenzen einige neu vorgeschlagene Vorrang- und Vorbehaltsgebiete an.

Das neu aufgenommene Vorbehaltsgebiet (VGB) WK 45 (Markt Mühlhausen) setzt sich als geplantes VRG 170 in der Region Oberfranken-West fort. Die weiteren unmittelbar angrenzenden Vorrang- und Vorbehaltsgebiete finden keine Ergänzung im aktuellen Regionalplanentwurf der Region Oberfranken-West.

Im Rahmen der verbandsinternen Anhörung gingen Stellungnahmen des Marktes Burgebrach, der Gemeinde Pommersfelden und der Stadt Schlüsselfeld ein.

Es wird übereinstimmend festgestellt, dass die geplanten Gebiete in der Industrieregion Mittelfranken zusammen mit den geplanten Vorranggebieten in Oberfranken-West eine hohe Konzentration von Windkraftanlagen im Raum Burgebrach / Pommersfelden / Schlüsselfeld / Mühlhausen / Wachenroth / Lonnerstadt / Höchstadt a. d. Aisch darstellen. Hier erscheinen weitere Abstimmungen zwischen den Regionen bzw. Planungsverbänden sinnvoll.

Die Regionsbeauftragte teilt mit, dass diese Vorgehensweise auch in der Stellungnahme des Planungsverbandes Industrieregion Mittelfranken zum Fortschreibungsentwurf Oberfranken-West aufgegriffen wird. Es wird darin angeregt, bei Vorliegen sämtlicher Stellungnahmen zu den Regionalplanentwürfen beider Planungsverbände ein regionsübergreifendes Abstimmungsgespräch mit Vertretern der betroffenen Kommunen, der Landratsämter Bamberg und Erlangen-Höchstadt sowie der beiden Planungsverbände im Sinne eines einheitlichen und inhaltlich stimmigen Vorgehens durchzuführen.

Außerdem wären die Abstandskriterien des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-West zu beachten.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu den Ausführungen.

Beschluss:

Der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-West stimmt der Ausweisung des Vorranggebietes WK 14 (Markt Mühlhausen) nur dann zu, wenn der Bereich südlich des Ortes Oberköst (Markt Burgebrach) entsprechend den Abstandskriterien der Region Oberfranken-West zurückgenommen wird.

Die weiteren Planungen sollen insbesondere im Bereich Burgebrach / Pommersfelden / Schlüsselfeld (Region 4) und Vestenbergsgreuth / Lonnerstadt / Wachenroth / Mühlhausen (Region 7) regionsübergreifend intensiv abgestimmt werden, um eine sinnvolle Konzentration von Windkraftanlagen auf geeigneten Standorten zu erreichen.

Abstimmungsergebnis: 17 : 0 bei 17 anwesenden Mitgliedern.

Punkt 3

Vorlage des Jahresabschlusses des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-West für das Haushaltsjahr 2011

Das Ergebnis des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2011 wird dem Ausschuss von Herrn Geschäftsführer Motschenbacher kurz erläutert. Er führt weiter aus, dass der Planungsausschuss den Jahresabschluss lediglich zur Kenntnis nehmen und eine detailliertere Behandlung nicht erfolgen muss. Nach der Vorlage im Planungsausschuss wird anschließend die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses durchgeführt.

Wortmeldungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Beschluss:

Der Planungsausschuss hat von dem als Anlage 1 beiliegenden Jahresabschluss 2011 Kenntnis genommen. Die örtliche Prüfung nach § 18 Abs. 1 der Verbandsatzung ist zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis: 17 : 0 bei 17 anwesenden Mitgliedern.

Punkt 4

Beteiligung des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-West an einer Studie zum Thema Regionalwirtschaftliche Effekte von erneuerbaren Energien

Frau Odewald berichtet dem Gremium, dass eine Anfrage der Firma MUT-Energiesysteme aus Kassel, zur Teilnahme des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-West an einer Studie zum Thema „Regionalwirtschaftliche Effekte von erneuerbaren Energien“, vorliegt. In diesem Forschungsprojekt sollen in fünf Modellregionen in Deutschland diese Effekte berechnet und ausgewertet werden.

Die Teilnahme ist für den Planungsverband mit keinen finanziellen Kosten verbunden. Es wird lediglich ein Arbeitsaufwand von 3-4 Arbeitstagen für den Regionalen Planungsverband erwartet. Weiterhin müssten Ansprechpartner in den Landratsämtern und kreisfreien Städten benannt werden, die Auskunft über Anlagen der erneuerbaren Energien (z.B. Photovoltaik- und Biogasanlagen) geben können. Am Ende des Projektes würden dem Verband die Aussagen zur regionalen Wertschöpfung in der Region zur Verfügung stehen.

Die Regionsbeauftragte wird in einem weiteren Gespräch mit der Firma MUT-Energiesysteme die Details abklären und anschließend unter Einbeziehung der Geschäftsstelle über eine Beteiligung an der Studie entscheiden. Gegen diese Vorgehensweise bestehen seitens der Ausschussmitglieder keine Bedenken.

Protokollvormerkung:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Regionsbeauftragten über die Beteiligung an einer Studie zum Thema „Regionalwirtschaftliche Effekte von erneuerbaren Energien“ zur Kenntnis.

Es sind 17 Mitglieder anwesend.

Ende der Sitzung: 11.50 Uhr

Aufgenommen:

Bamberg, 20. September 2012
Regionaler Planungsverband
Oberfranken-West

Motschenbacher
Oberverwaltungsrat
Geschäftsführer

Dr. Günther Denzler
Verbandsvorsitzender
Landrat